

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بدین بوم و بر زنده یک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 20.02.2018

Junge Welt

21.02.2018

«Einfach aus dem Land weisen»

Ungarisches Parlament berät über Gesetzentwurf zur Gängelung von Flüchtlingsorganisationen



Flüchtlinge gehen nachts über Bahnschienen auf einen Checkpoint in der Nähe des ungarischen Röske zu (13. September 2015)

Foto: Balazs Mohai/MTI/dpa

Mehr als 200 europäische Menschenrechtsorganisationen haben Ungarn zum Verzicht auf das geplante Gesetzespaket zur schärferen Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aufgefordert. Die Neuregelungen »würden ungarische zivilgesellschaftliche

Organisationen noch stärker als bisher in ihrer Arbeit behindern«, hieß es am Montag in einer Mitteilung von Amnesty International in Berlin.

Die Gesetzesvorlagen zielen auf NGOs ab, die aus dem Ausland finanziert werden. Vorgesehen ist unter anderem eine Steuer von 25 Prozent auf ausländische Finanzmittel für Organisationen, die »illegale Einwanderung unterstützen«. Zudem sollen sich NGOs künftig einer »Überprüfung« durch die Sicherheitsdienste unterziehen, bevor sie ihre Arbeit aufnehmen dürfen. Flüchtlingshelfer sollen keinen Zutritt mehr zum Grenzgebiet haben und Ausländer, die Migranten helfen, des Landes verwiesen werden.

Das Gesetz trägt den Namen »Stop Soros« und richtet sich insbesondere gegen den aus Ungarn stammenden US-Milliardär George Soros, der mit seinen Stiftungen mehrere ungarische Bürgerrechtsorganisationen unterstützt.

Auch in seiner nunmehr 20. »Rede zur Lage der Nation« am Sonntag in Budapest hatte sich Orban an die NGOs gewandt: »Wenn sie mit ihren gefährlichen Tätigkeiten nicht aufhören, werden wir sie einfach aus dem Land weisen, wie mächtig oder reich sie auch immer sein mögen.« Vor seinen Anhängern sagte er: »Dunkle Wolken liegen wegen der Einwanderung über Europa.« Und weiter: »Nationen werden aufhören zu existieren, der Westen wird fallen, während Europa nicht einmal bemerken wird, dass es überrannt wurde.«

Unterdessen forderte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn gegenüber dem Berliner *Tagesspiegel* (Dienstagsausgabe) die Einleitung eines Verfahrens zum Entzug der EU-Stimmrechte Ungarns. Orbans Vorgehen gegen Flüchtlingsorganisationen »passt zu einem Diktator, dem der Machterhaltungstrieb wichtiger ist als jeglicher politische moralische Anstand«, sagte Asselborn. (dpa/AFP/jW)